

# Meldungen

Jan Heller, Kabul

## UN befürchtet verstärkte Kämpfe

Anlässlich einer militärischen Aufrüstung sowohl der Taliban als auch ihrer Gegner von der „Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans“ (UIFSA, kurz UF) hat UN-Generalsekretär Kofi Annan in seinem jüngsten Afghanistan-Bericht vor „schweren Kämpfen“ in den nächsten Monaten gewarnt. Beide Seiten hätten keinen Mangel an Waffen und Militärausrüstungen, stellte er in dem Bericht fest, der am 23. April veröffentlicht wurde. Die Situation sehe sowohl militärisch als auch humanitär „trüb“ aus, auch wegen der anhaltenden Dürre. Er kritisierte die internationale Gemeinschaft, es versäumt zu haben, Afghanistan nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 geholfen zu haben. Sie trage damit „einen großen Teil der Verantwortung für die gegenwärtige Misere im Land“. Hingegen seien die gegenwärtigen UN-Sanktionen gegen die Taliban nicht für die schlimme humanitäre Lage verantwortlich, auch wenn sie es als Argument dafür genutzt hätten, die Zusammenarbeit mit der UN-Mission in Kabul zu suspendieren. Der UN-Sonderkoordinator für Binnenflüchtlinge (*Internally Displaced Persons* - IDPs), Denis McNamara, sagte in Islamabad nach einem Besuch in Kabul, Mazar-e Sharif, Herat und Faizabad Ende April: „Das Niveau der Krise erhöht sich. Es gibt massive Bevölkerungsbewegungen“. Der tajikische Afghanistan-Analytiker Ilhom Naztjew sagte in einem Kommentar für die örtliche Agentur *Asia-Plus* am 13. April, es gebe mehr Einheit und Bestimmtheit unter den Führern der UF, während die Taliban Probleme haben könnten, ihre Truppen in einem Gebiet zu konzentrieren. Die Taliban könnten sich auch finanziellen Problemen gegenübersehen, weil die Nachbarländer (Anm. d. A.: und auch sie selbst) ihren Kampf gegen den Drogenhandel verstärkt hätten. Bereits seit Wochen liefern sich beide Seiten in zahlreichen Gebieten kleinere Gefechte, vor allem um sogenannte UF-Enklaven

im Taliban-Gebiet. Im Gegensatz zu den meisten Vorjahren flauten diesmal auch im Winter die Kämpfe nicht ab. Seit Ende März kämpften beide Seiten erneut in der Nähe der zentralafghanischen Stadt Bamian, die bereits um den Jahreswechsel mehrfach den Besitzer wechselte. Zur Zeit wird Bamian von den Taliban kontrolliert, die nach ihrem letzten Vorstoß dort zwei weltweit einzigartige Buddha-Statuen zerstörten (siehe gesonderter Bericht) und in der nahe gelegenen Kleinstadt Yakaolang ein Massaker an mehreren hundert Zivilisten verübten. Mitte April schlugen die Taliban erneut mindestens zwei Angriffe der UF, die sich südlich der Stadt verschanzt hat und auch Yakaolang kontrolliert, auf Bamian zurück. Ein weiterer Schwerpunkt militärischer Auseinandersetzungen ist die nähere und weitere Umgebung der westafghanischen Stadt Herat. Dort haben sich in mehreren Distrikten der Provinzen Herat, Ghor, Badghis und Farah erfolgreiche Guerilla-Gruppen in den Bergen etabliert, die lose mit der UF verbunden sind. Sie erzielten in letzter Zeit Landgewinne in den Distrikten Shindand (Farah, mit einem wichtigen ex-sowjetischen Luftstützpunkt der Taliban), Pashtun Zarghun und Obeh (Herat) unter dem Kommando von Ghazi Mohammad Askar sowie in Tulak und Taiwara (Ghor) unter dem Kommando von Dr. Muhammad Ibrahim und Kommandant Ahmad Ghor. In dieser Region wird nach UF-Angaben auch die Rückkehr von Kommandant Ismail Khan erwartet, der im vergangenen Jahr aus der Taliban-Gefangenschaft entkam und sich seither in Iran aufgehalten hatte. Auch bei Eshkamesh und Tshal in der Nordostprovinz Tochar erzielte die UF Geländegewinne, die darauf hindeuten, daß die UF plant, die im vorigen Jahr an die Taliban verlorene Provinzhauptstadt Taloqan zurückzuerobern. Gefechte wurden auch aus den Provinzen Samangan (mit der UF-Enklave Dara-ye Suf), Sar-e Pul (mit der UF-Enklave Balkhab), Jauzjan, Balkh, Baghlan mit den Nordzugängen zur UF-Hochburg im Panjshir-Tal) sowie

Fariab gemeldet. Außerdem bombardierten die Taliban UF-Stellungen in der Provinz Kapisa. Die zunehmende Kampftätigkeit um die UF-Enklaven hat auch mit der Reaktivierung früherer Verbündeter Massouds zu tun, die gegen die Taliban Niederlagen erlitten, nun aber ins Land zurückgekehrt sind oder dies planen. Dort sollen sie, gemäß Absprachen in der UF, verschiedene Frontabschnitte übernehmen. Die Kommandeure, darunter General Abdurrashid Dostum, Haji Abdul Qadir, Abdul Karim Khalili und Ismail Khan, sollen sich der Erklärung eines Massoud-Sprechers vom 23. April zu Folge kurz vor diesem Termin im Panjshir-Tal getroffen haben. Der usbekische General Dostum soll sich schon am 7. April (nach anderen Angaben am 12. April) aus dem Exil in der Türkei und Usbekistan nach Nordafghanistan begeben haben, wo er zunächst das politische UF-Oberhaupt Präsident Burhanuddin Rabbani traf. Dostum hatte bis 1998 weite Teile im Norden kontrolliert. In einem Interview für das kasachische *Khabar TV* am 12. April mit Dostum waren dessen Kämpfer zu sehen, die mit neuen Sturmgewehren und Bajonetten ausgerüstet waren. Dostums Kämpfer, die sich aus der usbekischen Minderheit in Afghanistan rekrutieren - Massouds Stellvertreter Amir Besmullah Khan sprach in der selben Sendung von 5.000 Mann - sollen sich dort zusammen mit den Hazaras von Kommandant Ayatollah Mohammad Mohaqeq und nordafghanischen Paschtunen des *Hezb-e Islami*-Dissidenten Juma Khan Hamdard sammeln. Ende April berichtete das UF-Radio, daß die Taliban in den Provinzen Tochar und Baghlan vorsorglich usbekische Kämpfer auf ihrer Seite entwaffnet hätten, um deren Überlaufen zu Dostum zu erschweren. Ein hoher Talib erklärte Mitte April gegenüber einer pakistanischen Nachrichtenagentur, sollten Dostums Kämpfer Hairaton angreifen, könnten Kugeln auch Termez (am usbekischen Ufer des Grenzflusses Amu-Darja) erreichen. Berichte über die Konzentration von Op-

positionskämpfern kommen auch aus dem Osten Afghanistans. Einem Bericht der pakistanischen Zeitung *Dawn* vom 12. April zu Folge habe der UFKommandeur Hajji Abdul Qadir Truppen und Kriegsmaterial in der Provinz Nuristan zusammengezogen und in der Kleinstadt Wama ein Treffen mit seinen Unterführern abgehalten. Als Antwort habe der örtliche Taliban-Gouverneur seine Truppen in den Alarmzustand versetzt. Bereits im vergangenen Winter war der Chef der schiitischen *Hezb-e Wahdat-e Islami*, Mohammad Abdol Karim Khalili ins zentralafghanische Hazarajat zurückgekehrt, wo er die Kämpfe um Bamian und Yakaolang auslöste.

## Diplomatischer Erfolg für Massoud

Auf seiner ersten offiziellen Reise in den Westen ist der UFMilitärchef und legendäre Kommandeur Ahmad Shah Massoud Anfang April zum Ärger der Taliban in Europa wie ein Staatschef empfangen worden. Massoud traf unter anderem Frankreichs Außenminister Hubert Vendrine und Entwicklungsminister Charles Josselin, den Sprecher der französischen Nationalversammlung, Raymond Forni, Senatssprecher Christian Poncelet sowie in Straßburg die Präsidentin des Europa-Parlaments, Nicole Fontaine. In Brüssel kam er außerdem mit Belgiens Außenminister Louis Michel und mit EU-Außenpolitikchef Javier Solana zusammen. Zudem konnte Massoud eine Rede vor dem Europaparlament halten. Darin erklärte er, daß Pakistan in Afghanistan „strategische Tiefe“ zu erlangen suche. In Wirklichkeit habe es „islamische Tiefe“ gewonnen, indem es militante islamistische Gruppen ermutigt habe, in Kashmir und in Tschetschenien zu kämpfen. In Brüssel stellte er die allgemeine Auffassung in Frage, daß die Taliban 90 Prozent des Gebietes Afghanistans kontrollieren. Das Verhältnis sei vielmehr 70 zu 30. Es gebe große „Taschen“ organisierten Widerstands in den Provinzen Kapisa und Parwan (mit dem Panjshir-Tal) sowie in Badghis, Dshauzdshan, Samangan und Faryab. Zudem kontrolliere die UF ganz Badachshan und Teile Kunars. Vor der parlamentarischen französisch-afghanischen Freundschaftsgruppe forderte er Paris auf, seinen Einfluß für Frieden in Afghanistan geltend zu machen. Mit einem Seitenhieb auf Pakistan geißelte er den „schwarzen Kolonialismus aus dem Sü-

den unter der Maske des Islams“, der den „roten Kolonialismus aus dem Norden“ der Sowjets ersetzt habe. In Brüssel verhandelte er mit einem hohen Vertreter der EU-Kommission über neue humanitäre Hilfe für Afghanistan. EU-Außenpolitiker Solana setzte sich nach seinem Treffen mit Massoud für „politischen Dialog“ für die Zukunft Afghanistans ein. „Militärische Mittel können die Krise in Afghanistan nicht lösen“, so Solana. „Die Parteien in dem Konflikt halten den Schlüssel zur Zukunft Afghanistans als Land in der Hand, und ich glaube, daß es ihre gemeinsame Verantwortung ist, einen wirklichen Dialog zu beginnen, der zu einem Friedensprozeß unter der Ägide der UN führt.“ Belgiens Außenamtschef Michel meinte, Pakistan müsse gezeigt werden, daß „einige seiner Auffassungen“ zu Afghanistan „falsch“ seien. Nach seiner Rückkehr aus Europa veranstaltete Massoud eine Pressekonferenz im tadjikischen Duschambe, wo er den Westen aufforderte, den Druck auf Pakistan zu erhöhen, damit es seine Unterstützung für die Taliban beende und seine Truppen aus Afghanistan abziehe. Gleichzeitig habe er den Taliban einen bedingten Frieden angeboten. Beide Seiten sollten eine interimistische Koalitionsregierung bilden, die sechs oder zwölf Monate amtiert und Wahlen vorbereiten solle, damit die Afghanen ihre Regierung selbst bestimmen könnten. Seine UF sei zu Gesprächen mit den Taliban bereit, vorausgesetzt, Pakistan stoppe seine Einmischung. Zudem gab er bekannt, daß in den Reihen der Leute Osama bin Ladens erstmals usbekische Extremisten unter Tohir Juldoschew und Dhsuma Namangoni an den Kämpfen gegen die UF-Streitkräfte beteiligt gewesen seien. Massouds Stellvertreter Bismillah Khan gab Osamas Stärke mit „4.000 bis 5.000 bewaffneten arabischen Söldnern“ an. Die Taliban-Presse antwortete auf Massouds Reise mit heftigen Attacken. Die in Herat erscheinende *Ittefaq-e Islam* nannte ihn ein „Werkzeug für die Fortsetzung des Bürgerkrieges“ in den Händen der „ungläubigen Welt“. Letztere verfolge das „finstere Ziel, das islamische System in Afghanistan zu destabilisieren“. Die Einladung an Massoud, den „berühmten sogenannten *Jehadi*“, nach Europa sei „der erste Schritt zu einer neuen anti-islamischen Kampagne“ Europas. Frankreich beschuldigten die Taliban der Einmischung und Waffenlieferung.

## Hauptkampflinie afghanische Grenze

„Die tadjikisch-afghanische Grenze ist die Hauptverteidigungslinie für die territoriale Integrität und Sicherheit der gesamten zentralasiatischen Region.“ Das erklärte Valeri Nikolajenko, Generalsekretär des kollektiven Sicherheitsrates der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS) am 31. März in der Hauptstadt Tadjikistans, Duschambe. Nikolajenko, der vorher auch die Hauptstädte Kasachstans und Kirgisistans besucht hatte, versprach Tadjikistan Verteidigungshilfe im Rahmen des GUS-Sicherheitspaktes. Er unterstrich jedoch, daß es das „Hauptziel“ aller Beteiligten sei, „die Probleme auf politischem Weg zu lösen“. Alle drei Länder sowie Usbekistan befürchten in diesem Jahr neue Infiltrationsversuche bewaffneter usbekischer Islamisten, die über Basen in Tadjikistan und Afghanistan verfügen. Rußland und die zentralasiatischen Republiken beschuldigen zudem die afghanischen Taliban, die usbekischen Islamisten zu unterstützen. Hingegen erklärte der 1. Stellvertretende Direktor des russischen Grenzschutzdienstes, Generaloberst Nikolai Resnitschenko Anfang April auf einer Pressekonferenz in Moskau, er glaube nicht, daß die Taliban in den kommenden Jahren aktive Schritte an der tadjikisch-afghanischen Grenze planten. Sollte die UF jedoch geschlagen werden, könnten die Taliban allerdings „Aktionen der Opposition in Tadjikistan, Turkmenistan und Usbekistan mit finanzieller Hilfe und der Lieferung von Feuerwaffen anspornen“. Schon jetzt sei der Drogenschmuggel an dieser Grenze ein Schlüsselproblem.

## Schwierigkeiten bei Loya Jirga

Am 18. April trafen sich in Genf Vertreter der USA, Irans, Deutschlands und Italiens, die - zum Teil rivalisierende - afghanische Initiativen zur Einberufung einer *Loya Jirga* unterstützen: die sogenannten Prozesse von Rom, Zypern und Bonn. Die *Loya Jirga* ist eine traditionelle Versammlung afghanischer Notabeln, die in nationalen Krisensituationen einberufen wird. Eine solche Versammlung hatte der 1973 gestürzte afghanische König Muhammad Zaher Shah bereits 1993 vorgeschlagen, um einen Übergangsmechanismus hin zu einer international anerkannten Regierung in Gang zu

setzen. Zaher Shah lebt seit seinem Sturz in Rom. Der 86-jährige afghanische Ex-Monarch hat wiederholt erklärt, daß er lediglich als „afghanischer Patriot“ die *Loya Jirga* einberufen wolle und kein Interesse an einer Restauration der Monarchie in seinem Land habe. Das Taliban-Radio „Stimme der Scharia“ beschuldigte die USA jedoch, eine „Marionettenregierung“ unter dem Ex-König einsetzen zu wollen. Vor dem Treffen hatte die pakistanische Presse unzutreffender Weise berichtet, Zaher Shah wolle zu diesem Anlaß eine afghanische Exilregierung ausrufen und erhalte dafür 350 Millionen US-Dollar Unterstützung aus Washington. Diese Summe war jedoch in einem anderen Zusammenhang vom republikanischen Senator Dana Rohrabacher ins Spiel gebracht worden. Der hatte einen Wiederaufbauplan für Afghanistan angeregt, für den diese Summe notwendig sei. Rohrabacher vertrat dabei aber lediglich seine persönliche Meinung. UF-Militärchef Massoud bot am 10. April Hilfe bei der Einberufung einer *Loya Jirga* in Afghanistan an. „Die Taliban glauben nicht an Wahlen und eine *Loya Jirga*, während wir es unterstützen und dabei helfen würden, solche *Jirgas* einzuberufen“, sagte er. Das in den USA ansässige und Massoud-freundliche *Afghan Azadi Radio* berichtete seinerseits, ein Vermittlungsversuch Italiens zwischen dem Rom- und dem Zypern-Prozeß noch vor dem Genfer Treffen sei fehlgeschlagen.

## Spannungen mit Iran

Das Taliban-Radio hat Ende März erneut Iran scharf kritisiert, Waffen und Munition an die UF zu liefern. Dafür würden Transportflugzeuge aus Meshed auf den russischen Stützpunkt Kulob in Tadjikistan geschickt und von dort aus ins Innere Afghanistans weitergeleitet. Als Gegenmaßnahme kündigte ein Taliban-Vertreter in der Herater Zeitung *Ittefaq-e Islam* an, Afghanistan könne auch iranische Oppositionelle unterstützen. In Afghanistan sollen sich neben Arabern, Usbeken und anderen auch Angehörige sunnitisch-islamistischer Bewegungen aus dem Iran aufhalten. Quellen aus dem zentralafghanischen Hazarajat behaupteten, solche Kämpfer seien an dem Januar-Massaker in Yakaolang beteiligt gewesen. Im März kam es auch erneut zu Streitigkeiten zwischen Iran und den Taliban um das Wasser des Grenzflusses Helmand. Iran warf den Taliban in ei-

nem offiziellen Schreiben an die UNO vor, unberechtigt Helmand-Wasser zu stauen und damit Ostiran Bewässerungsmöglichkeiten vorzuenthalten. Die Taliban wiesen die Vorwürfe zurück und begründeten den verminderten Wasserzufluß mit der Dürre. Ein bereits unterschriftsreifes afghanisch-iranisches Abkommen über die Aufteilung des Helmand-Wassers war durch die islamische Revolution in Iran 1979 vereitelt worden.

## Lokaler Widerstand gegen Taliban

Wegen versuchter Zwangsrekrutierung kam es am 2. April im Distrikt Khak-e Safid in der westlichen Provinz Farah zu Zusammenstößen. Auswärtige Taliban-Kämpfer hatten drei sogenannte lokale Taliban festgenommen und in die Provinzhauptstadt transportiert. Dies berichtete das iranische Radio. Die lokalen Taliban drohten, sie würden im Wiederholungsfall ihre Waffen benutzen. Im ostafghanische Shinwar waren die Taliban im April gezwungen, die Präsenz ihrer berüchtigten Religionspolizei, die auch als *Amr bi-l-Maaruf* bekannt ist, nach Übergriffen gegen die örtliche Bevölkerung zu vermindern. Bei Zusammenstößen mit Stammesangehörigen der Shinwar waren vier Personen, darunter zwei Taliban, erschossen worden. In der Provinz Khost kam es auch zu Auseinandersetzungen mit dem Mangal-Stamm. Taliban zwangen Angehörige der Mangal, ein Dorf zu verlassen, das sie angeblich widerrechtlich besiedelt hätten. Bei der Vertreibung sollen drei Menschen ums Leben gekommen sein. Das iranische *Radio Meshed* berichtete am 16. April auch über Taliban-interne Auseinandersetzungen in der Südprovinz Helmand. Dort seien Kommandeur Mulla Abdulhaq und Provinzgouverneur Abdul Bari Akhund in einen Machtkampf verwickelt. Abdulhaq gilt als Taliban-Chef Mulla Omar nahestehend.

## Menschenrechts-Berichterstatter im Taliban-Visier

In einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan hat Taliban-Außenminister Mulla Wakil Ahmad Mutawakkil den letzten Bericht des UN-Sonderberichterstatters über Menschenrechte in Afghanistan, Dr. Kamal Hossain (Bangladesh), heftig angegriffen und als „bar jeder Grundlage“ bezeichnet. Darin würden „Behauptungen“ aufgestellt, die

durch die „Opposition“ (gemeint ist die UF) und andere voreingenommene Quellen aufgestellt worden seien. „Wir bestreiten diesen Bericht und bezeichnen ihn als eine Lüge, denn er (Hossain) hat die Region nicht besucht und er unterstützt die Gegner des Islamischen Emirats Afghanistan“, schrieb Mutawakkil am 3. April an Annan. Der Minister erwähnt in seinem Protestschreiben jedoch nicht, daß die Taliban Dr. Hossain zweimal ein Visum für einen Afghanistan-Besuch verweigert hatten. Der Taliban-Vorwurf der Lüge bezieht sich auf einen Bericht, demzufolge die Taliban 73 Frauen und Kinder in der *Fatema-ye Zahra*-Moschee in Yakaolang getötet und danach die Moschee zerstört hätten. Dies war selbst von örtlichen UF-Kommandeuren bestritten worden. Dieser Vorwurf ist jedoch nicht im Hossain-Report, sondern in einem beinahe zeitgleich veröffentlichten Bericht von *amnesty international* enthalten. Ferner beschuldigte der Minister in dem Brief die UN, die Sanktionen ihres Sicherheitsrates hätten den Zufluß humanitärer Hilfe nach Afghanistan gedrosselt. Die UNO sei „der Hauptfaktor für die anhaltende Krise in Afghanistan“, erklärte er. Am 21. April forderte Mutawakkil in einem neuen Brief an Kofi Annan sogar Hossains Ablösung. An seiner Stelle solle „eine unparteiische und qualifizierte Person“ rücken, die „in der Lage“ sei, der Welt die Realität zu zeigen.

## Pakistan streitet Waffenhilfe ab

Pakistan und die Taliban haben am 6. April Vorwürfe von UF-Militärchef Ahmad Shah Massoud abgestritten, daß Islamabad deren Regime militärisch unterstütze. „Es gibt keine Beweise, die solch eine Anschuldigung rechtfertigen“, erklärte Riaz Mohammad Khan, der Sprecher des pakistanischen Außenministeriums, nach einer Pressekonferenz Massouds in Paris. Pakistan halte sich strikt an das vom UN-Sicherheitsrat gegen die Taliban verhängte einseitige Waffenembargo, sagte er, obwohl man fühle, daß es „die Nordallianz ermutige, eine militärische Lösung zu betreiben“. „Das ist eine Behauptung, die jeder Grundlage entbehrt“, legte Taliban-Botschafter Mulla Abdul Salam Zaif in Islamabad zu den Waffenlieferungen Pakistans nach. „Wir stehen auf unseren eigenen Füßen und, mit der Gnade Gottes, gibt es nicht die Notwendigkeit für andere, uns dies-

bezüglich zu unterstützen.“ Pakistan unterstützte die Taliban lediglich moralisch „in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Islams“. Im Gegenzug beschuldigte Zaif Rußland, Panzer und Kampfflugzeuge, Frankreich, panzerbrechende Raketen, Iran, andere Waffen und Munition, Indien, „logistisches Material“, sowie Tadjikistan, nicht näher bezeichnete Waffen an die UF zu liefern. Gleichzeitig berichtete die *New York Times*, Rußland beabsichtige, die UN-Sanktionen gegen die Taliban wegen der Waffenlieferungen auch auf Pakistan auszudehnen. Dies sorgte während des Besuchs des russischen Vizeaußenministers Losjukow in Pakistan für erhebliche Verstimmung in Islamabad, wurde von russischen Quellen jedoch dementiert. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters vom 9. April haben Rußland und Frankreich Dossiers zusammengestellt, die Pakistan der direkten militärischen Unterstützung der Taliban beschuldigen.

## Taliban am Golf

Ohne den erhofften Erfolg endete der Besuch einer hochrangigen Taliban-Delegation im Golfemirat Qatar in der ersten April-Hälfte. Die Delegation, der neben Außenminister Mutawakkil der Planungsminister, der Vorsitzende und Vizevorsitzende des Obersten Gerichts, zwei Vizeminister sowie hochrangige Islam-Gelehrte angehörten, hatte Qatar als derzeitigen Vorsitzenden der Organisation Islamische Konferenz (OIC) zu überzeugen versucht, in Kabul ein OIC-Büro zu eröffnen und die Taliban diplomatisch anzuerkennen. Qatars Außenminister Scheich Hamad bin Jasim bin Jabr Al-Thani erklärte nach den Treffen, beide Themen seien dabei nicht diskutiert worden. Es sei lediglich um humanitäre Hilfe für Afghanistan gegangen. Scheich Hamad wies noch einmal daraufhin, daß eine Delegation Qatars und der OIC in Afghanistan versucht hatte, die Zerstörung der Buddhas von Bamian zu verhindern. Mutawakkil wurde während des Besuchs von Emir Scheich Hamad bin Khalifah Al-Thani, nicht jedoch vom OIC-Generalsekretär empfangen.

## Kirgisischer Parlamentarier für Taliban-Kontakte

Informelle Kontakte zu den Taliban könnten „Einflußkanäle“ auf die Taliban und ihre Politik eröffnen, meinte der

stellvertretende Sprecher des kirgisischen Unterhauses, Omurbek Tekebajew, auf einer Pressekonferenz am 9. April in Bischkek. Zudem regte er an, sein Land solle eine Botschaft in Pakistan eröffnen. Pakistan sei „ein großes muslimisches Land, das Atomwaffen besitzt“ und werde auf lange Sicht die militärische und politische Situation in Zentralasien beeinflussen. Kirgisistan war im vergangenen Sommer einer der Hauptdurchmarschgebiete für usbekische Islamisten auf dem Weg in ihr Land.

## Wieder Massenentlassungen

Die Taliban haben erneut tausende Staatsangestellte und Militärpersonal mit der Begründung entlassen, sie hätten dem früheren kommunistischen Regime zu nahe gestanden. Das berichtete die iranische Nachrichtenagentur IRNA am 8. April unter Berufung auf Taliban-Offizielle in Kabul. In Kabul kursierten Zahlen von 9.000 Entlassenen, darunter allein 3.000 im Innenministerium Beschäftigte. Die pakistanische Agentur NNI kommentierte: „Sie (die Taliban) haben immer wieder Regierungsangestellte entlassen, seit sie 1996 in Kabul an die Macht kamen. Alle Lehrer, Universitätsprofessoren und Verwaltungsangestellte, die wegen Verbindungen zur früheren kommunistischen Regierung als nicht vertrauenswürdig betrachtet wurden, sind gefeuert worden.“ Der Taliban-Vizefinanzminister bestritt, daß die Entlassungen aus Mangel an finanziellen Ressourcen vorgenommen wurden. In Kabul wurde berichtet, daß jene Angestellten entlassen wurden, die unter der kommunistischen Regierung entweder mit Medaillen, Orden, Urkunden, Beförderungen oder Reisen in die Sowjetunion ausgezeichnet worden waren.

## Rußlands Bedingungen für Taliban-Kontakte

Kontakte zwischen Rußland und den Taliban stehen so lange außer Frage, wie die Taliban bestreiten, Tschetschenien offiziell diplomatisch anerkannt zu haben. Das berichtete die russische Agentur ITAR-TASS am 24. März unter Berufung auf „offizielle Quellen“ in Moskau. Es habe jedoch inoffizielle Kontakte gegeben, allerdings nur im Rahmen der 6+2-Gruppe und in Abstimmung mit UN-Generalsekretär Kofi Annan und dem UN-Sicherheitsrat.

## Iran und Indien zu Afghanistan

Indiens Premierminister Atal Behari Vajpayee betonte vor einem viertägigen Besuch im Iran zu Beginn der zweiten Aprildekade, daß Teheran und Neu-Delhi übereinstimmende Ansichten über das Taliban-Regime haben. Das Thema Afghanistan nahm auch bei den Gesprächen des Premiers in der iranischen Hauptstadt breiten Raum ein. In ihrem Treffen einigten sich Vajpayee und Irans Präsident Seyyed Mohammad Khatami darauf, ihre Kooperation gegen die wachsende Gefahr von Extremismus, Terrorismus und den Schmuggel mit illegalen Drogen zu intensivieren, die Frieden und Stabilität in der Region bedrohten. In ihrer Abschlusserklärung bezeichneten die beiden Staatsmänner den Mord an iranischen Diplomaten und Journalisten 1998 in Mazar-e Sharif durch Taliban als einen „Akt des Terrorismus“ und riefen die internationale Gemeinschaft auf, für eine Identifizierung und Bestrafung der Täter zu sorgen. Nach den Treffen teilte Vajpayee einem indischen Fernsehsender mit, Indien und Iran hätten beschlossen, effektive Schritte für eine Normalisierung in Afghanistan zu ergreifen. Die afghanische Frage würde während der nächsten UN-Tagung ernsthaft behandelt und einige „konkrete Schritte, um die Situation radikal zu verändern“, ins Auge gefaßt. „Beide Länder haben auch beschlossen, den internationalen Druck zu erhöhen und haben Pakistan wegen seiner Unterstützung der Taliban kritisiert“, sagte er. Irans Außenminister Kamal Kharazi kleidete das nach seinem Treffen mit Vajpayee in folgende freundliche Worte: „Wir werden mit unseren Freunden in Pakistan sprechen. Es besteht die Notwendigkeit, die Politik gegenüber Afghanistan zu ändern, und sie müssen die afghanischen Gruppen ermutigen, sich hinzusetzen und zu verhandeln.“ Pakistans Außenminister Abdul Sattar schloß nach dem Vajpayee-Besuch in Rawalpindi vor der Presse eine Rolle Indiens in den Friedensbemühungen für Afghanistan aus. „Die Weltgemeinschaft hat acht Länder identifiziert, die eine Rolle dabei zu spielen haben, Frieden nach Afghanistan zu bringen und Indien ist nicht unter ihnen“, sagte er unter Hinweis auf die 6+2-Gruppe bei den Vereinten Nationen, die sich aus Afghanistans sechs Nachbarn Pakistan, Iran, China, Turkmenistan, Tadjikistan und Usbekistan so-

wie den USA und Rußland zusammensetzt.

## Starke Worte des Amir-ul-Momenin

„Die UNO fördert nur die Interessen der Heiden“, erklärte Taliban-Chef Mulla Omar in einer Botschaft, die auf dem Peshawarer Treffen in Pakistan zum 150. Gründungstag der *Deoband-Madrassa* verlesen wurde. Der Westen habe eine „teuflische Propaganda“ gegen seine Regierung entfesselt. Die in Peshawar Versammelten forderte er auf, für den Erfolg der Taliban zu beten und sie zu unterstützen.

## Usbekisch-Talibanisches Grenztreffen

Erstmals haben sich am 11. April hohe Grenzschutzverantwortliche der Taliban und Usbekistans getroffen. Das Treffen fand auf der Brücke zwischen der afghanischen Grenzstadt Hairaton und der usbekischen Grenzstadt Termez am Amu-Darja statt, berichtete die Taliban-Agentur *Bakhtar Information Agency*. Der Chef des Taliban-Grenzschutzes in der Zone Nord und Kommandant der Garnison von Hairaton, Mulla Muhammad Naizi, habe dabei den usbekischen General Qudrat Rasulov getroffen. Usbekistan hatte die Grenze 1998 geschlossen, als die Taliban die Stadt Mazar-e Sharif und die meisten Teile des afghanischen Nordens eroberten. Die Taliban bemühen sich seither erfolglos, die Grenze für den Handel wieder zu öffnen.

## Japanischer Vermittlungsvorstoß

Japans Regierung hat die Taliban und die gegnerische UF für Mai zu Friedensgesprächen eingeladen, bestätigte am 12. April der Taliban-Botschafter in Pakistan, Mulla Abdul Salam Zaif. Sein japanischer Amtskollege Sadaka Numata habe ihm einen entsprechenden Brief an Taliban-Außenminister Mulla Wakil Ahmad Mutawakkil übergeben. In der Einladung habe die japanische Seite die Rolle der UN bei der Suche nach einer Friedenslösung hervorgehoben. Der UFSender *Radio Stimme des Mujahed* bestätigte die Einladung am 15. April. Die Taliban lehnen jedoch derzeit wegen der UN-Sanktionen eine Vermittlungsrolle der Weltorganisation ab. In einer am 24. April über das Taliban-Radio verbreiteten Erklärung Mutawakkils nach sei-

nem Treffen mit dem UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Francesc Vendrell, am gleichen Tag in Kabul hatte sich der Minister skeptisch über die Einladung geäußert. Tokio habe in dem Schreiben nicht mitgeteilt, daß auch die UN-Mission für Afghanistan (UNSMIA) zu dem Treffen eingeladen sei.

## Rabbani gesteht Pakistan Rolle zu

„Die Taliban, Pakistan und die Nordallianz haben eine Rolle dabei zu spielen, Frieden nach Afghanistan zu bringen“. Mit dieser Aussage zitierte die Talibanfreundliche Nachrichtenagentur *Afghan Islamic Press* am 10. April unter Berufung auf die in Peshawar verbreitete Pashtu-Zeitung *Wahdat* den politischen Führer der UF, Professor Burhanuddin Rabbani. Er habe Indien zum Feind Afghanistans erklärt und hinzugefügt, die UF werde Pakistan wieder die „Hand der Freundschaft“ entgegenstrecken. AIP bezeichnete das als „fundamentale Änderung“ in seiner Position. Ferner habe Rabbani gesagt, „Pakistan hat sehr unter den internen und internationalen Schwierigkeiten im Ergebnis des afghanischen Krieges gelitten. Wir wollen, daß Pakistan vor solchen Schwierigkeiten bewahrt wird.“ Die Taliban habe er als einen „Teil der afghanischen Nation“ bezeichnet und erklärt, die Taliban sollten auf der politischen Szene bleiben. „Wir sind bereit, mit den Taliban Gespräche unter Vermittlung Pakistans zu führen, und wir wollen alle unsere Differenzen im Rahmen der islamischen *Scharia* lösen“, habe Rabbani hinzugefügt. In unserer Regierung hat niemand das Recht, gegen Pakistan zu sprechen. (...) Indiens Feindschaft gegen den Islam und die Muslime ist kein Geheimnis. Wir können nicht die Unterdrückung und die Grausamkeiten vergessen, die Indien in Kashmir verübt.“

## Wieder Impf-Waffenstillstand

Beide afghanische Kriegsparteien haben vom 17. zum 19. April anlässlich der "Nationalen Impftage" (NID) gegen Polio erneut einen Waffenstillstand weitgehend eingehalten. Die NID finden halbjährlich in einer gemeinsamen Aktion von UNICEF und WHO statt. Während dieser Kampagne immunisierten etwa 34.000 einheimische Helfer etwa 5,7 Millionen afghanische Kinder unter fünf

Jahren. Allein in der Zentralregion (Kabul, Hazarajat, Ghazni, Wardak und Logar) sind nach WHO-Angaben eine Million Kinder die Zielgruppe. Afghanistan verzeichnete im Vorjahr 115 Polio-Fälle.

## Zentralasiatische Ideen

Der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Francesc Vendrell, hat auf einer Pressekonferenz in Almaty am 19. April den kasachischen Vorschlag gelobt, in der zentralasiatischen Republik Afghanistan-Friedensgespräche zu führen. Kasachstan sei der geeignetste Platz in der Region, weil das Land nicht in den Afghanistan-Konflikt verwickelt sei und deshalb eine „unparteiische Position“ einnehmen könne. Aus dem kasachischen Außenministerium verlautete, daß ein Gipfel aller Staaten und Staatengruppen, die die afghanische Situation wirklich beeinflussen, „in informeller und vertraulicher Umgebung“ vorgeschlagen worden sei, berichtete *Interfax-Kasachstan*. Unterdessen hat Tajikistans Präsident Emomali Rahmonow in einem Treffen mit den Militärattachés verschiedener europäischer Länder, darunter Deutschland, Italien, Frankreich, Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen, eine größere Rolle der Europäer bei der Suche nach einer Lösung für Afghanistan angeregt. Präsidentensprecher Zafar Saidow zu Folge habe Rahmonow vor allem die OSZE sowie die EU angesprochen. „Das afghanische Problem ist sowohl ein europäisches als auch ein asiatisches, denn Tajikistans Südgrenze kann zutreffend als das südliche Tor zur OSZE beschrieben werden“, habe Rahmonow gesagt.

## Gebet für die Taliban

Thailändische Buddhisten wollen ein Massengebet zur Vergebung für die Taliban nach ihrer Zerstörung der Bamiyaner Buddhas abhalten. Das Gebet sollte am 21. April in einem Tempel im Norden Bangkoks stattfinden. Organisiert wurde es vom *Good Deeds Club*, einer buddhistischen Gruppe von Angestellten des thailändischen Gesundheitsministeriums. „Wir wollen den Taliban zeigen, daß, obwohl wir durch ihre Aktionen verletzt wurden, wir ihnen vergeben und ihnen Glück wünschen. Das ist die buddhistische Art zu denken“, sagte der Anführer der Gruppe.

## Grenzwischenfall

Vier Aufklärungsoffiziere der pakistanischen Armee und ihr Fahrer werden nach einer Mission an der pakistanisch-afghanischen Grenze vermißt. Dies berichtete das iranische *Radio Meshbed* am 25. April. Sie seien in der Region Khost von Taliban verschleppt worden, hieß es. Die pakistanischen Behörden reagierten mit einem Protestbrief an die Adresse der Taliban-Regierung. Die Taliban hätten erklärt, sie wüßten nichts von dem Vorfall.

## Lubbers mit umstrittener Initiative

Ruud Lubbers, zwölf Jahre lang Premierminister der Niederlande und seit dem 1. Januar neuer UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, hat mit seiner geplanten neuen Initiative für Afghanistan auch innerhalb seiner Organisation für Unruhe gesorgt. Er hatte erklärt, er wolle Pakistans Regierung überzeugen, mehr Platz für afghanische Flüchtlingsla-

ger bereitzustellen - und als Gegenleistung für wenigstens eine teilweise Repatriierung von Flüchtlingen. „Man sollte die Möglichkeit nicht ausschließen, daß das Regime verstehen wird, daß es sich um seine Bürger kümmern muß“, sagte er in einem UN-Magazin. Währenddessen wird bei UNHCR Pakistan und Afghanistan gerade diskutiert, ob man die Rückführung von Flüchtlingen in die Taliban-Gebiete ganz einstellen sollte.

## Wieder Kontakte USA-Taliban

Den Besuch dreier US-Diplomaten im westafghanischen Herat hat die pakistanische Wochenzeitung *Friday Times* in ihrer Ausgabe vom 20. April als möglichen Beginn einer neuen US-Hintertürdiplomatie bezeichnet. Ein Taliban-Diplomat lobte den Besuch gegenüber der Zeitung als „positive Entwicklung“, die zu einem konstruktiveren Engagement mit der Bewegung führen könne. Die beiden Beamten aus Washington und einer aus der US-Botschaft in Isla-

mabad waren Teil einer Bewertungsmision für die Lage von Binnenflüchtlingen (IDPs) in Herat und anderen afghanischen Gebieten. US-Quellen versuchten, den Besuch - den ersten seit den US-Raketenangriffen auf Afghanistan nach zwei mutmaßlich von Osama bin Laden inspirierten Terrorakten gegen US-Botschaften in Ostafrika 1998 - herunterzuspielen. Zudem hatte der scheidende US-Botschafter in Islamabad, William Milam, auch in der Zwischenzeit regelmäßig Gespräche mit Taliban-Vertretern geführt. Seither hatten die USA und Großbritannien eine Reisesperre nach Afghanistan für alle ihre Bürger verhängt. London hatte diese vor wenigen Wochen aufgehoben. Britische Diplomaten reisten erstmals wieder Ende April im Rahmen einer Mission des UN-Drogenkontrollprogramms nach Afghanistan.

# Der Tod der Buddhas

## Genese und Hintergründe der Zerstörung „unislamischer“ Statuen durch die Taliban

Jan Heller, Kabul

**„Nur Allah der Allmächtige verdient es, angebetet zu werden, niemand und nichts anderes“ - und zwar ein für alle Mal. Deshalb müssen alle Statuen lebendiger Wesen in Afghanistan zerstört werden, denn sie seien „Schreine der Ungläubigen geblieben“ und würden von diesen weiterhin „angebetet“.**

So bestimmt es eine *Fatwa* des Taliban-Staates „Islamisches Emirat Afghanistan“ vom 26. Februar dieses Jahres, die in ihrem eigentlichen Wortlaut unbekannt blieb und nur in einer kommentierten, von den Taliban-Medien verbreiteten Version veröffentlicht wurde (siehe Kasten). Ihr bekanntestes Resultat: die Sprengung zweier wohl aus dem 3. bzw. 5. Jahrhundert stammender monumentaler Buddha-Figuren im Tal von Bamian etwa zwei Wochen nach Bekanntgabe der . Sie stellten dem Wiener Professor und Afghanistan-

Kenner Max Klimburg zufolge den Buddha Dipankara, den Buddha des vorangegangenen Weltenalters, und den historischen Buddha Shakyamuni dar und übertrafen mit 55 und 38 Metern Höhe „alle weltweit bekannten menschlichen Darstellungen“, wie die *Süddeutsche Zeitung* in einem Nachruf formulierte. Ein iranischer Reisender im 11. Jahrhundert sprach vom *Surkh But* (Roter Buddha) und vom *Khing But* (Mondweißer Buddha). Noch Jahrhunderte später galten sie in der Region als eines der Weltwunder - auch wenn der

*Economist* am 8. März über die „zwei Steinstatuen“ feststellen zu müssen glaubte, daß „lassen sie uns ehrlich sein - fast niemand bis vor zehn Tagen jemals davon gehört hatte“. Mit mehreren Tonnen Sprengstoff verwandelten Taliban beide unter „Allah ist groß“-Rufen in einen Haufen Geröll und Staub. Fernsehbilder, am 19. März verbreitet durch Bilder des qatarischen Privatfernsehsenders *al-Jazeera*, bestätigten das. Die Entscheidung über die Zerstörung fiel, glaubt man der offiziellen Taliban-Version, nach Konsultationen zwischen den reli-